Der ehemalige CIA-Analyst Ray McGovern untersucht die Aktivitäten der US-finanzierten "Soldaten Gottes" im Iran.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 066/10 – 08.03.10

Der Iran hat einen unserer "guten Terroristen" gefangen

Von Ray McGovern
INFORMATION CLEARING HOUSE, 26.02.10
(http://www.informationclearinghouse.info/article24878.htm)

Die iranische Regierung feiert die Gefangennahme des Abdolmalik Rigi, der Chef einer gewalttätigen Gruppe ist, die sich Dschundallah (Soldaten Gottes, s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Dschundollah) nennt; Teheran bezeichnet sie als Terrororganisation, die von den USA, Großbritannien und Israel unterstützt werde.

Grafik: THE NEW YORKER, 07.07.08

Dschundallah ist eine von mehreren Gruppen, die mit Bombenanschlägen und anderen gewaltsame Attacken das islamische Regime des Irans ins Wanken bringen wollen.

In einem am 7. Juli 2008 in dem Magazin THE NEW YORKER veröffentlichten Artikel zitierte der investigative Journalist Seymour Hersh den ehemaligen CIA-Geheimagenten Robert Baer, der fast zwei Jahrzehnte lang in Südasien und im Mittleren Osten eingesetzt war, mit der Aussage, Dschundallah sei eine der militanten Gruppen im Iran, die von der Unterstützung der USA profitieren. (s. http://www.newyorker.com/reporting/2008/07/07/080707fa_fact_hersh)

Hersh berichtete auch, dass Präsident George W. Bush Ende 2007 eine Verfügung unterzeichnet hat, mit der er den US-Geheimdiensten bis zu 400 Millionen Dollar für verdeckte Operationen zur Destabilisierung der iranischen Regierung zur Verfügung stellte, auch zur Unterstützung militanter (iranischer) Organisationen.

Hersh nannte als weitere militante Gruppe mit "langjährigen Verbindungen" zur CIA und zu US-Einsatzgruppen für spezielle Operationen die Mujahedin-e-Khalq, oder MEK (Volksmudschaheddin), die vom US-Außenministerium auf die Liste der Terrororganisation gesetzt worden waren.

Da Dschundallah diese Einordnung erspart geblieben ist, könnte das ein Anzeichen dafür sein, dass die US-Regierung sie als einen wertvollen Aktivposten im Kampf gegen den Iran ansieht, oder – um im Sprachgebrauch des "Krieges gegen den Terror" zu bleiben – als zu den "Good Guys" (den guten Kerlen) gehörend.

General Mizra Aslam, Pakistans ehemaliger Armeechef, hat behauptet, die USA hätten Dschundallah bei der Ausbildung und durch andere Hilfen unterstützt. Die US-Regierung bestreitet natürlich, dass sie Rigi oder seiner Gruppe geholfen hat.

Seit seiner Gefangennahme in dieser Woche hat Rigi verworrene, wenig beweiskräftige Geschichten über seine Kontakte zu US-Offiziellen erzählt. Nach einem Bericht des iranischen Fernsehsenders Press TV sollen die USA Rigi und seiner Dschundallah im Falle eines Aufstands in der Islamische Republik Iran Militärhilfe versprochen haben. (s. http://www.presstv.ir/detail.aspx?id=119481&sectionid=351020101)

Rigi gab an, bereits im März 2009 Kontakte gehabt zu haben. Er berichtet über das Angebot eines US-Abgesandten: "Sie wollten mit uns zusammenarbeiten und uns militärische Ausrüstung, Waffen und Maschinengewehre zur Verfügung stellen. Sie versprachen auch, uns eine Basis in der Nähe der Grenze zwischen Afghanistan und dem Iran zu geben."

Den Iran destabilisieren

Rigi versicherte, die US-Repräsentanten hätten ihm gesagt, ein direkter US-Angriff auf den Iran sei ihnen zu kostspielig; deshalb bevorzuge Washington die Unterstützung militanter Gruppen, die den Iran zu destabilisieren versuchten.

"Die Amerikaner sagten, weil der Iran seinen eigenen Weg gehe, sei er zur Zeit ihr größtes Problem – weder Al Qaida noch die Taliban, der Iran sei das Hauptproblem," äußerte Rigi gegenüber Press TV.

"Einer der CIA-Agenten sagte, es sei für die USA zu schwierig, den Iran militärisch anzugreifen, sie wollten aber allen iranischen Gruppen, die in der Lage seien, einen Krieg anzuzetteln und das islamische System in Schwierigkeiten zu bringen, Hilfe und Unterstützung gewähren," erklärte Rigi.

Rigi fügte hinzu, die Amerikaner hätten auch ihm bereitwillig "umfassende Unterstützung" zugesagt. In dem Press TV-Bericht hat er jedoch nicht mitgeteilt, ob er bereits irgendwelche US-Hilfe für seine Organisation erhalten hat.

Iranische Sicherheitskräfte haben bekanntgegeben, dass sie Rigi am Dienstag gefangengenommen haben, als sie ein Flugzeug, in dem er mitflog, auf dem Weg von den Vereinigten Arabischen Emiraten nach Kirgisistan zur Landung zwangen; Rigi wollte sich in Kirgisistan mit einem "hohen US-Offiziellen" treffen.

Rigis Gefangennahme kommt den Geheimdiensten des Westens und Israels sehr ungelegen, denn sie haben versucht, iranische Minderheiten, die fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachen (gegen die iranische Regierung) aufzuwiegeln. Dschundallah gibt vor, die Rechte der Sunniten in dem von Schiiten beherrschten Iran zu vertreten.

Nachdenken über Prioritäten

Durch das unwillkommene Schlaglicht, das auf Rigi und seine Dschundallah gefallen ist, droht sich die Dunkelheit über einer breitangelegten Strategie zu lichten, mit der die USA und Israel einen Regimewechsel in Teheran herbeiführen wollen; dieses Ziel verfolgen sie mindestens seit Bushs Rede über die "Achse des Bösen" im Jahr 2002.

Die seit damals geschürte Angst, der Iran könne in ein paar Jahren eine Atomwaffe bauen, wenn er sich dazu entscheide, die Waffenproduktion wieder in sein Atomprogramm aufzunehmen, ist eigentlich nur ein hypothetisches Konstrukt, um Spannungen aufzubauen – wie Bushs Behauptungen über die nicht existierenden Massenvernichtungswaffen, die nur ein Vorwand für den (geplanten) Regimewechsel in Bagdad waren.

In einem solchen Szenario können "gute Terroristen" wie die von Dschundullah außer zur Gewaltanwendung und Unruhestiftung auch noch für andere Zwecke eingespannt werden. Zum Beispiel konnten sie benutzt werden, um jede positive iranische Antwort auf das Angebot des Präsidenten Barack Obama zu Verhandlungen zu sabotieren.

Und genau das hat Dschundallah im Oktober letzten Jahres getan, nachdem die Ahmadinedschad-Regierung deutlich zu erkennen gegeben hatte, dass sie bereit war, auf Obamas Angebot zu Verhandlungen über das Atomproblem einzugehen.

Am 1. Oktober 2009 verblüffte Teheran praktisch alle, als es sich bereit erklärte, den größten Teil – und zwar 75 Prozent – seines schwach angereicherten Urans im Ausland in Brennstäbe für seinen kleinen (Forschungs-)Reaktor umwandeln zu lassen, in dem medizinische Isotope erzeugt werden. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05510_230210.pdf)

Sogar die NEW YORK TIMES konstatierte: "Wenn das geschieht, wäre eine Hauptforderung des Westens erfüllt, denn damit hätte der Iran keine Möglichkeit mehr, schnell eine Atomwaffe zu bauen, und es bliebe mehr Zeit für Verhandlungen, die Früchte tragen könnten."

Der iranische Chefunterhändler Saeed Dschalili verkündete die "prinzipielle" Entscheidung Teherans nach Genf kommen zu wollen, um sich mit Vertretern der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland zu treffen; den Vorsitz sollte Javier Solana von der Europäischen Union führen. (s. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Saeed_Dschalili)

Obama setzte sich damit über Bushs hartnäckige Haltung, nicht mit "Bad Guys" (Bösen Kerlen) zu reden hinweg, und schickte seinen stellvertretenden Außenminister William Burns zu dem Genfer Treffen. Ein 45-minütiges Vieraugen-Gespräch zwischen Burns und Dschalili war das höchstrangigste Gespräch zwischen den USA und dem Iran in drei Jahrzehnten.

Dschalili teilte auch das Einverständnis des Irans mit, seine kürzlich offenbarte neue Urananreichungs-Anlage in der Nähe von Qum innerhalb von zwei Wochen für eine internationale Inspektion zu öffnen, was auch geschah.

Dschundallah wird ins Spiel gebracht

Am 18. Okt 2009 ließ Dschundallah jedoch bei einem Treffen von Kommandeuren der Revolutionsgarden mit Stammesältesten in der im Südosten des Irans gelegenen Provinz Sistan-Belutschistan (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Sistan_und_Belutschistan) eine Autobombe explodieren und organisierte im gleichen Gebiet eine Sprengfalle am Straßenrand, die ein Auto voller Gardisten zerstörte.

Ein Brigadegeneral, der stellvertretender Kommandeur der Bodentruppen der Revolutionsgarden war, der Kommandeur der Revolutionsgarden von Sistan-Belutschistan und drei weitere Brigade-Kommandeure wurden bei dem Anschlag getötet; außerdem blieben Dutzende sonstiger Offiziere und Zivilisten tot oder verwundet zurück.

Dschundallah übernahm die Verantwortung nicht nur für diese Bombenanschläge, sondern auch für die seit Jahren verübten tödlichen Angriffe auf Revolutionsgardisten und iranische Polizisten und für einen versuchten Hinterhalt gegen die Autokolonne des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, als der im Jahr 2005 Sistan-Beluschistan besuchte.

Der Anschlag am 18. Oktober – der blutigste im Iran seit dem Krieg mit dem Irak in den

Jahren 1980-88 – erfolgte einen Tag bevor nach dem Durchbruch vom 1. Oktober die Gespräche mit der International Atomic Energy Agency / IAEA in Wien wieder aufgenommen werden sollten. Die Morde weckten im Iran erneut Zweifel an dem von den USA verkündeten Wunsch nach besseren gegenseitigen Beziehungen.

Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die Revolutionsgarden sofort ihrem Schutzherrn und höchsten Führer Ali Khamenei (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ali_Chamene%27i) Beweise dafür vorgelegt haben, dass dem Westen nicht zu trauen sei. Am 19. Oktober verurteilte Khamenei die Terroristen und beschuldigte sie, "von den Geheimdiensten bestimmter arroganten Mächte unterstützt" zu werden.

Der Kommandant der Bodentruppen der Revolutionsgarden, dessen Stellvertreter bei dem Anschlag getötet wurde, klagte die USA und Großbritannien sogar öffentlich an, die Terroristen in einigen der Anliegerstaaten "ausgebildet" zu haben, und der Oberbefehlshaber der Revolutionsgarde drohte mit Vergeltung.

Zu dem Treffen am 19. Oktober in Wien kam nur eine untergeordnete technische Delegation, Saeed Dschalil, der Chefunterhändler des Irans für Atomfragen, nahm aber nicht an dem Gespräch teil. Die Iraner erhoben Einwände und ließen erkennen, dass sie ihr prinzipielles Angebot zum Export des größten Teils ihres schwach angereicherten Urans wieder zurückziehen wollten.

Neue Alternativen

Die Iraner haben jedoch seither Alternativen vorgeschlagen, die es wert wären, ausprobiert zu werden; sie wollten zum Beispiel stufenweise kleinere Mengen ihres schwach angereicherten Urans (gegen Brennstäbe für ihren Forschungsreaktor) austauschen.

Die Obama-Regierung hat diese alternativen Vorschläge jedoch sofort zurückgewiesen – wie es heißt, auf Anregung Rahm Emmanuels, des Stabschefs des Weißen Hauses, und des (für den Iran) zuständigen Vertreters der Neokonservativen, Dennis Ross (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Dennis_Ross), die beide alles vermeiden wollen, was die Position Ahmadinedschads stärken könnte.

Mit anderen Worten, trotz der Rhetorik über die Notwendigkeit, den Iran am Erwerb von Atomwaffen zu hindern, scheint ein Regimewechsel (im Iran) das Hauptziel der demokratischen Schmalspur-Neokonservativen im Weißen Haus und in Hillary Clintons Außenministerium zu sein.

Diese Schmalspur-Neokonservativen haben wohl die irrige Ansicht (der Republikaner) übernommen, das iranische Regime werde zerbrechen, wenn von außen genügend Druck ausgeübt wird.

Neben diesen Vorgängen ist auch das hartnäckige Beharren auf dem (angeblichen) "Wahlbetrug" im Juni 2009 und die Unterstützung der Regimegegner zu berücksichtigen, die das Wahlergebnis nicht anerkennen wollen, obwohl seriöse, nicht von Propaganda geprägte Umfragen belegen, dass Ahmadinedschad wirklich gewonnen hat. (s. dazu auch http://www.consortiumnews.com/2010/021810.html)

Und die Forderung nach "lähmenden Sanktionen" rundet das Bild ab.

Teheran immer noch zu Verhandlungen bereit

Trotz dieser Hindernisse belegen auch die nach dem 1. Oktober vom Iran zu dem Atom-

problem gemachten Vorschläge eindeutig, dass Teheran nach wie vor zu Verhandlungen bereit ist. Aber es scheint so, als wollten Außenministerin Clinton und andere Neokonservative oder Schmalspur-Neokonservative in der Obama-Regierung in Wirklichkeit überhaupt keinen Deal mit dem Iran.

Sie gehen wohl davon aus, dass eine Einigung über das Atomproblem einen Regimewechsel sehr erschweren würde.

Das wirft die Frage auf, wer Dschundallah mit den nötigen Geheimdienstinformationen versorgte und den Auftrag zu dem blutigen Anschlag am 1. Oktober gab – und warum?

Cui bono? (Wem nützt es?) Wer profitierte von dieser Gewalt, die nur die Positionen der Revolutionsgarden und ihres Schutzherrn Khamenei verhärtete, und es dem Westen ermöglichte, den Iran zu beschuldigen, er habe sein prinzipielles Angebot vom Oktober nicht ernst gemeint?

Sie nützen der Rechtsregierung Israels, den amerikanischen Neokonservativen und allen, die ihre lang gehegten Träume von einem Regimewechsel in Teheran nicht aufgeben wollen, weil sie hoffen, dass damit auch die iranische Unterstützung für die Hisbollah im Libanon und die Hamas in Palästinas zu stoppen wäre.

In Wahrheit wissen einige gut informierte Analysten in den USA und in Israel längst, dass in absehbarer Zeit keine atomare Bedrohung vom Iran ausgehen kann, weil technische Probleme aufgetreten sind, die das Land sogar daran hindern, sein Uran auf die niedrige Stufe anzureichern, die für die Erzeugung von Kernenergie notwendig ist.

Aber das verhindert die Stimmungsmache gegen den Iran genau so wenig, wie der Mangel an Beweisen für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen den Präsidenten Bush daran gehindert hat, in den Jahren 2002/03 den Irak zu verteufeln.

Erwartet Außenministerin Clinton wirklich, ernst genommen zu werden, wenn sie – wie damals Rumsfeld vom Irak – fordert, der Iran müsse beweisen, dass er keine Atomwaffen anstrebe; dieser Nachweis ist bei Atomwaffen n i c h t möglich.

In einer Hauptrede, die sie letzte Woche in Doha gehalten hat, behauptete Frau Clinton, der Iran habe sich "geweigert, der internationalen Gemeinschaft zu demonstrieren, dass sein (Atom-)Programm ausschließlich friedlichen Zwecken dient". Erinnern Sie sich noch daran, wie die Bush-Regierung Saddam Hussein aufforderte, zu beweisen, dass der Irak keine chemischen und biologischen Waffen besitzt?

In der selben Rede entschlüpfte Frau Clinton die Bemerkung: "Der Iran bedroht die USA nicht direkt, er bedroht aber viele unserer Freunde, Verbündeten und Partner" – sprich Israel, das selbst über schätzungsweise 200-300 nicht deklarierte Atomwaffen verfügt.

Wie andere führende US-Offizielle – und alle US-amerikanischen Nachrichtenmedien – vergisst Frau Clinton zu erwähnen, dass am 18. September 2009 die von der IAEA kontrollierten Staaten Israel per Abstimmung aufforderten, sich dem Atomwaffensperrvertrag / NPT anzuschließen und seine Atomanlagen der Aufsicht (der IAEA) zu unterstellen, wie das fast alle anderen Staaten tun.

Israel erklärte offiziell, dass es diese Abstimmung "verurteile", und Glyn Davies, der US-Botschafter (bei der IAEA), wies die Resolution mit der Begründung zurück, es sei ungerecht, Israel allein herauszugreifen.

In ihrer Doha-Rede bestand Frau Clinton darauf, dass alle über das iranische "Atomwaffenprogramm" besorgt sein müssten. Sie bedauerte "den Anstieg des Einflusses und der Macht der Revolutionsgarden" – der wirklich tragisch sei.

Nun, Frau Außenministerin, Sie sollten mit dem CIA-Direktor Leon Panetta über die Einschränkung der Aktivitäten der Dschundallah und anderer gewaltätiger Gruppen reden, wenn Sie verhindern wollen, dass die Revolutionsgarden noch mächtiger werden – es sei denn, die Verhärtung der Positionen beider Seiten dient einem ganz anderen Zweck.

Wiederbelebung des Irak-Schwindels

Aus offiziellen britischen Dokumenten – den "Downing Street Memos" (Infos dazu unter http://downingstreetmemo.com/) – wissen wir, dass der ehemalige CIA-Chef George Tenet am 20. Juli 2002 dem Chef des britischen Geheimdienstes eröffnet hat, Präsident Bush habe sich für einen Krieg gegen den Irak entschieden, weil er einen Regimewechsel herbeiführen wolle; zur Rechtfertigung dieses Krieges müsse mit der Behauptung, Saddam Hussein werde seine Massenvernichtungswaffen an Terroristen weitergeben, aber erst einmal Angst erzeugt werden.

Der britische Geheimdienstchef Richard Dearlove erklärte Tony Blair und seinen für die Sicherheit des Staates zuständigen Spitzenleuten, nach Tenets Aussage müssten die Geheimdienste erst die Voraussetzungen für diese ("Kriegs-)Politik schaffen.

Nicht nur in der Wolle gefärbte Neokonservative, auch Möchtegern-Neokonservative wie Außenministerin Clinton und Susan Rice, die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, bedienen sich jetzt der gleichen Mittel, um den Iran zu verteufeln.

Botschafterin Rice beschuldigte den Iran kürzlich, "sein Atomwaffenprogramm absichtlich im Verborgenen" zu betreiben. Frau Clinton erklärte, sie "sehr besorgt über das Streben des Irans nach Atomwaffen".

Die Damen Clinton und Rice sollten sich an Dennis Blair, dem Direktor der Nationalen Nachrichtendienste (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Dennis_C._Blair), orientieren, der immer noch im Konjunktiv von der Möglichkeit einer Wiederaufnahme des iranischen Atomwaffenprogramms spricht.

Ich selbst bin sehr besorgt, die Außenministerin und andere (Kriegstreiber) könnten sich von einer in der letzten Woche veröffentlichten CNN-Umfrage leiten lassen, die ergab, dass schon 70 Prozent der US-Amerikaner in der gleichen aufgeregten Stimmung glauben, der Iran habe bereits die Atombombe. Es ist geradezu unheimlich – wie eine Rückblende in die Zeit vor dem Irak-Krieg. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05910_270210.pdf)

Man sollte sich daran erinnern, dass der gleiche Prozentsatz von US-Bürgern am Vorabend des Überfalls auf den Irak davon überzeugt war, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besitzt.

Wirbeln wie Condoleezza

Während ihres letzten Jahres als Außenministerin hat Condoleezza Rice durch ständige Flüge nach Israel so viele Bonus-Meilen angesammelt, dass enttäuschte Araber "Condoleezza" als "andauerndes Herumreisen ohne Ergebnis" definierten.

Jetzt ist ihre Nachfolgerin – wie weitere führenden US-Offizielle – mit ähnlich hektischen Reiseaktivitäten beschäftigt.

Leon Panetta, der Nationale Sicherheitsberater James Jones, Verteidigungsminister Robert Gates und der US-Generalstabschef Mike Mullen haben seit Januar schon alle Israel besucht, und Vizepräsident Joe Biden wird nächste Woche dort sein.

In dieser Woche besucht der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak Washington, und Israels Premierminister Benjamin Netanjahu wird im nächsten Monat erwartet.

Es wäre zu hoffen, dass sich hinter diesem sinnlos erscheinenden Umherwirbeln nichts Ernsteres verbirgt. Aber diese Treffen auf höchster Ebene finden vor dem Hintergrund der ständigen Missachtung des Völkerrechts durch die USA und Israels statt.

Früher haben US-Offzielle – unter Berufung auf den nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Nürnberger Prozess – Angriffskriege als Kriegsverbrechen betrachtet. Obwohl ich mich nicht daran erinnern kann, dass die Nürnberger Prinzipien aufgehoben oder die Charta der Vereinten Nationen geändert worden wäre, hört man US-Experten und einige US-Offizielle fröhlich darüber schwadronieren, dass in Bezug auf den Iran "alles auf dem Tisch" sei.

Wenn man dann fragt, ob ein weiterer Angriffskrieg geplant sei, erhält man zur Antwort; Wissen Sie nicht, was "alles" bedeutet?

Das ist zutiefst beunruhigend für diejenigen von uns, die dachten, der verächtliche Umgang mit nach dem Zweiten Weltkrieg getroffenen Vereinbarungen sei vorbei, als die Sonne Bushs und Cheneys unterging. Selbst wenn man sich der Orwellschen Sprache bedient und von einem "vorbeugenden" oder "vorgreifenden" Krieg spricht, ist schon eine "öffentliche Drohung mit einem Angriffskrieg" ein Verstoß gegen die UN-Charta. Regt das niemand mehr auf?

Neokonservative wieder auf dem Vormarsch

Neokonservative "Experten" gießen schon wieder Öl ins Feuer. In der WASHINGTON POST vom Dienstag hat zum Beispiel die Kolumnistin Anne Applebaum eine Reihe von Nützlichkeitserwägungen aufgelistet, die den Präsidenten Obama daran hindern könnten, den Iran zu bombardieren. Das Völkerrecht war nicht dabei. (Diese Kolumne der Frau Anne Applebaum ist aufzurufen unter http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/02/22/AR2010022203528.html?nav=rss_opinion/columns .)

Frau Applebaum meint, "der entscheidende Moment" könnte für Obama kommen, wenn er nachts um zwei durch einen Anruf des israelischen Premierministers Netanjahu geweckt wird und der ihm mitteilt: "Israel hat gerade einen Angriff auf iranische Atomanlagen gestartet." Was dann?

"Wenn das jemals geschieht," schreibt Frau Applebaum, "hoffe ich darauf, dass diese Regierung militärisch und psychologisch dazu bereit ist, … einen unerwünschten aber notwendigen Krieg zu führen."

Was bedeutet diese Botschaft? Ignoriert die Geheimdienste, die bezweifeln, dass die Iraner eine Atombombe bauen wollen! Tut im Gegenteil alles, damit die Menschen glauben, sie täten es tatsächlich!

Lasst die Dschundallah und andere Terrorgruppen los, damit sie die Spannungen verschärfen und die Position der iranischen Hardliner stärken, die jede der gewaltsame Provokationen als Beleg dafür nutzen, dass den USA nicht zu trauen ist; das wird den Eindruck einer wachsenden Bedrohung hervorrufen, lähmende Sanktionen erleichtern und die Wut weiter schüren.

Die USA müssen sich schließlich darauf vorbereiten, was Netanjahu anfängt, zu Ende zu bringen.

Wenn dieses Szenario eintritt, wird die Auseinandersetzung mit dem Iran die Kriege im Irak und in Afghanistan wie Volleyball-Spiele zwischen den beiden High Schools "Mount Saint Ursula" und "Holy Name" erscheinen lassen. Kann Präsident Obama so naiv sein, dass er nicht erkennt, wie hoch der Einsatz diesmal wäre?

Ray McGovern war 30 Jahre lang Offizier in der Army und CIA-Analyst. Er gehört jetzt zum Lenkungsausschuss der Veteran Intelligence Professionals for Sanity (der Vereinigung ehemaliger professioneller Geheimdienstler für den Sieg der Vernunft). Er ist Mitautor des Buches "Imperial Crusades: Iraq, Afghanistan and Yugoslavia" (Imperialistische Kreuzzüge: Irak, Afghanistan und Jugoslawien), das von Alexander Cockburn und Jeffrey St. Clair herausgegeben wurde und bei VERSO erschienen ist. Er kann erreicht werden über rrmcgovern@aol.com .

(Wir haben den aufschlussreichen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Er ergänzt die Aussagen Scott Ritters, die wir in der LUFTPOST 055/10 unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05510_230210.pdf veröffentlicht haben. Weitere Infos über den Autor Ray McGovern sind aufzurufen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Ray_McGovern .)

A "Good" Terrorist Captured by Iran

By Ray McGovern

February 26, 2010 "Information Clearing House" -- The Iranian government is celebrating the capture of Abdolmalek Rigi, the leader of a violent group called Jundullah (Arabic for Soldiers of God), which Tehran says is a terrorist organization supported by the United States, Great Britain and Israel.

Jundullah is one of several groups that have been conducting bombings and other violent attacks against Iran's Islamic regime with the aim of knocking it off balance.

In a July 7, 2008, article for The New Yorker magazine, investigative journalist Seymour Hersh quoted Robert Baer, a former CIA clandestine officer who worked in South Asia and the Middle East for nearly two decades, as saying that Jundullah was one of the militant groups in Iran benefiting from U.S. support.

Hersh also reported that President George W. Bush signed an intelligence finding in late 2007 that allocated up to $400 million for covert operations intended to destabilize Iran's

government, in part, by supporting militant organizations.

Hersh identified another one of the militant groups with “long-standing ties” to the CIA and the U.S. Special Operations communities as the Mujahedin-e-Khalq, or MEK, which has been put on the State Department’s list of terrorist groups.

But Jundullah has been spared that designation, a possible indication that the U.S. government views it as a valuable asset in the face-off against Iran, or in the parlance of the “war on terror,” as one of the “good guys.”

Gen. Mizra Aslam, Pakistan’s former Army chief, has charged that the U.S. has been supporting Jundullah with training and other assistance. But the U.S. government denies that it has aided Rigi or his group.

Since his capture this week, Rigi has been weaving intricate, though inconclusive, stories about his contacts with American officials. According to Iran’s Press TV, Rigi said the United States promised Jundullah military aid in support of its insurgency against the Islamic Republic of Iran.

Rigi described contacts in March 2009, claiming that U.S. representatives “said they would cooperate with us and will give me military equipment, arms and machine guns. They also promised to give us a base along the border with Afghanistan next to Iran."

Destabilize Iran

Rigi asserted that the U.S. representatives said a direct U.S. attack on Iran would be too costly and that Washington instead favored supporting militant groups that could destabilize Iran.

"The Americans said Iran was going its own way and they said our problem at the present is Iran… not al-Qaeda and not the Taliban, but the main problem is Iran,” Rigi said, according to Press TV.

"One of the CIA officers said that it was too difficult for us [the United States] to attack Iran militarily, but we plan to give aid and support to all anti-Iran groups that have the capability to wage war and create difficulty for the Iranian (Islamic) system,” Rigi said.

Rigi added that the Americans said they were willing to provide support “at an extensive level.” However, in Press TV’s account, Rigi did not describe any specific past U.S. support for his organization.

Iran's security forces announced that they had arrested Rigi on Tuesday by bringing down his plane over Iranian airspace, as he was onboard a flight from the United Arab Emirates to Kyrgyzstan, where he said he was expecting to meet with a “high-ranking” U.S. official.

Rigi’s capture represents an embarrassment for Western and Israeli intelligence, which have tried to stir up Iran’s minorities, comprising almost half of the population. Jundullah contends that it is protecting the rights of Sunnis in Shiite-dominated Iran.

Reflecting Priorities

The unwelcome spotlight on Rigi and Jundullah threatens to bring out of the shadows a broader U.S. and Israeli strategy for regime change in Tehran, a goal that dates back at least to President Bush’s “axis of evil” speech in 2002.

According to this analysis, the fear about Iran acquiring a nuclear weapon in a few years – if it decides to restart the weapons part of its nuclear development program – is largely a synthetic rationale for ratcheting up tensions, much as Bush's claims about Iraq's non-existent WMD were a pretext for regime change in Baghdad.

Under such a scenario, "good guy" terrorists like Jundullah could be enlisted for purposes other than simple violence and disruption. For example, they could be used to sabotage any favorable Iranian response to President Barack Obama's efforts toward engagement.

And this precisely is what Jundullah did last October, right after the Ahmadinejad government gave tangible proof that it was ready to engage on the nuclear issue in response to Obama's call for negotiations.

On Oct. 1, 2009, Tehran shocked virtually everyone by agreeing to send most (as much as 75 percent) of its low-enriched uranium abroad to be turned into fuel for a small reactor that produces medical isotopes.

Even the New York Times acknowledged that this, "if it happens, would represent a major accomplishment for the West, reducing Iran's ability to make a nuclear weapon quickly, and buying more time for negotiations to bear fruit."

Iran's chief nuclear negotiator, Saeed Jalili, gave Tehran's agreement "in principle," at a meeting in Geneva of representatives of members of the U.N. Security Council plus Germany, chaired by Javier Solana of the European Union.

Reversing the Bush administration's allergy to talking with "bad guys," Obama had sent Under Secretary of State William Burns to the Geneva meeting. A 45-minute tête-à-tête between Burns and Jalili marked the highest-level U.S.-Iranian talks in three decades.

Jalili also expressed Iran's agreement to open the newly revealed uranium enrichment plant near Qum to international inspection within two weeks, which Tehran did.

Enter Jundullah

However, on Oct. 18, 2009, Jundullah detonated a car bomb at a meeting of top Iranian Revolutionary Guards commanders and tribal leaders in the province of Sistan-Baluchistan in southeastern Iran and mounted a roadside attack on a car full of Guards in the same area.

A brigadier general who was deputy commander of the Revolutionary Guards ground forces, the Revolutionary Guards brigadier commanding Sistan-Baluchistan, and three other brigade commanders were killed in the attack; dozens of other military officers and civilians were left dead or wounded.

Jundullah took credit for the bombings, which followed years of lethal attacks on Revolutionary Guards and Iranian policemen, including an attempted ambush of President Mahmoud Ahmadinejad's motorcade as he drove through Sistan-Baluchistan in 2005.

The Oct. 18 attack – the bloodiest in Iran since the 1980-88 war with Iraq – came one day before talks were to resume at the International Atomic Energy Agency (IAEA) in Vienna to follow up on the Oct. 1 breakthrough. The killings surely raised Iran's suspicions about U.S. sincerity regarding better relations.

It's a safe bet that the Revolutionary Guards went directly to their patron, Supreme Leader Ali Khamenei, with evidence that the West cannot be trusted. Khamenei issued a statement on Oct. 19 condemning the terrorists, whom he charged "are supported by certain arrogant powers' spy agencies."

The commander of the Guards' ground forces, who lost his deputy in the attack, charged that the terrorists were "trained by America and Britain in some of the neighboring countries," and the commander-in-chief of the Revolutionary Guards threatened retaliation.

A lower-level Iranian technical delegation did go to Vienna for the meeting on Oct. 19, but Iran's leading nuclear negotiator Saeed Jalili stayed away. The Iranians began to raise objections foreshadowing backsliding on their earlier commitment in principle to the export of most of their low-enriched uranium.

New Alternatives

Still, since then, the Iranians have broached alternative proposals that seemed worth exploring — for example, sending for further enrichment smaller quantities of low-enriched uranium in stages.

However, the Obama administration has rejected these alternative proposals out of hand, reportedly at the instigation of White House Chief of Staff Rahm Emmanuel and neocon regional emissary Dennis Ross, whose apparent priority is to avoid anything that might strengthen Ahmadinejad.

In other words, despite the rhetoric about the need to prevent Iran from acquiring a nuclear weapon, regime change appears to remain the transcendent goal of neocon-lite Democrats at the White House and in Hillary Clinton's State Department.

These neocon-lites seem to have adopted the benighted view that the Iranian regime will crumble, if enough outside pressure is applied.

Add to the mix, the constant harping about the "fraudulent" election last June and support for regime opponents who will not accept the election results, which non-propagandistic and reputable polls indicate Ahmadinejad really did win. [See Consortiumnews.com's "US Media Replays Iraq Fiasco in Iran."]

Oh, yes; "crippling sanctions" are also in the picture.

Tehran Still Ready to Negotiate

Despite these obstacles, Iran's post-October 1 proposals on the nuclear issue strongly suggest that Tehran is still willing to negotiate. But it appears that Secretary Clinton and others inside the Obama administration, whether neocons or neocon-lites, don't actually want a deal.

The way they seem to see it is that an agreement on the nuclear issue would make regime change that much more difficult.

Which raises the question of who provided Jundullah the kind of intelligence and direction that enabled the bloody attack of Oct. 1 — and why?

Cui bono? Who profits from the kind of violence that hardens the attitudes of the Revolutio-

nary Guards and their patron Khamenei, and enables the West to portray them as reneging on the October agreement in principle.

Answer: Israel's right-wing government, the American neocons and others who won't give up on long-cherished dreams of regime change in Tehran, which would then supposedly lead to a cut-off of Iran's support for Lebanon's Hezbollah and Palestine's Hamas.

The truth be told, few well-informed analysts in either the United States or Israel actually believe there is an imminent nuclear threat from Iran, which has encountered technical problems refining uranium even to low levels that are suitable for generating nuclear energy.

But that doesn't stop the gamesmanship toward Iran anymore than the lack of WMD evidence stopped President Bush from whipping up an alarm about Iraq in 2002-03.

Does Secretary Clinton really expect to be taken seriously with her Rumsfeldian demand that Iran prove a negative — that it is NOT working on a nuclear weapon?

In a major speech last week in Doha, Clinton decried the fact that Iran "has refused to demonstrate to the international community that its program is entirely peaceful." Remember when the Bush administration demanded that Iraq's Saddam Hussein prove he didn't have chemical and biological weapons?

In that same speech, Clinton let slip that Iran "doesn't directly threaten the United States, but it directly threatens a lot of our friends, allies, and partners" — read Israel, which itself possesses an estimated 200-300 nuclear weapons in its undeclared arsenal.

Like other senior U.S. officials – and all major U.S. news outlets – Clinton forgets to mention that on Sept. 18, 2009, the IAEA member states formally voted to call on Israel to join the Non-Proliferation Treaty (NPT) and submit its nuclear facilities to the same oversight that nearly all other nations do.

Israel issued an official statement that it "deplores" that vote, and U.S. Ambassador Glyn Davies rejected the resolution, claiming that it unfairly singled out Israel.

In her Doha speech, Clinton insisted that it is the Iranian "nuclear weapons military program" that all should be concerned about. She bemoaned "the rise of influence and power by the Revolutionary Guard — which is really tragic."

Well, Madam Secretary, you might want to talk to CIA Director Leon Panetta about putting the reins on Jundullah and other violent groups so as not to empower the Revolutionary Guards still further — unless the hardening of lines on both sides suits some grander purpose.

Iraq Redux

We know from official British documents (the "Downing Street Memos") that, on July 20, 2002, former CIA chief George Tenet told the head of British intelligence that President Bush had decided to make war on Iraq for regime change and that the war would be justified by spreading fear that Saddam Hussein might give weapons of mass destruction to terrorists.

The British intelligence chief, Richard Dearlove, explained to Tony Blair and his top natio-

nal security officials that, according to Tenet, the intelligence would be “fixed” around the policy.

Not only full-scale neocons but also wannabe neocons like Secretary Clinton and U.S. Ambassador to the U.N. Susan Rice are now taking the same line and doing the same “fixing” about Iran.

Ambassador Rice recently charged that Iran is pursuing “a nuclear weapons program with the purpose of evasion.” Clinton professes to be “deeply concerned” over what she calls “Iran’s pursuit of nuclear weapons.”

Clinton and Rice should check with National Intelligence Director Dennis Blair, who is still using the subjunctive regarding the possibility of a restarted Iranian nuclear weapons program.

As for me, I’m deeply concerned at the widespread impression that the Secretary and others have fostered. A CNN poll last week indicated that 70 percent of Americans are in the same indicative mood, believing that Iran already has a nuclear weapon. That’s downright eerie — a flashback to Iraq.

If memory serves, that’s about the same percentage of Americans who were convinced that Saddam Hussein had WMD on the eve of the invasion of Iraq.

Condoleezza-Type Whirling

During her final year as Secretary of State, Condoleezza Rice was racking up so many frequent-flyer miles jetting back and forth to Israel that wistful Arabs decided that the definition of “condoleezza” must be perpetual motion signifying nothing.

Now, her successor – joined by other senior U.S. officials – is engaged in similarly peripatetic endeavors.

Leon Panetta, National Security Adviser James Jones, Defense Secretary Robert Gates, and Joint Chiefs Chairman Mike Mullen have all visited Israel since January, and Vice President Joe Biden will be there next week.

Meanwhile, Israeli Defense Minister Ehud Barak is visiting Washington this week, and Prime Minister Benjamin Netanyahu will arrive next month.

Perhaps, we should hope that this is just pointless whirling about, rather than something more serious. But these high-level meetings are occurring against a continued backdrop of U.S. and Israeli disdain for international law.

Senior American officials, dating back at least to the post-World War II Nuremberg Tribunal, deemed aggressive war to be a war crime. Although I don’t recall anyone rescinding the Nuremberg principles or amending the U.N. Charter, one hears cheerful talk from both American pundits and some U.S. officials that “everything is on the table” regarding Iran.

One asks: including another war of aggression? The answer: Don’t you know what “everything” means?

This is profoundly unsettling for those of us who thought that disdainful trashing of post-World War II agreements would stop when Bush and Cheney rode off into the sunset.

Even if couched in the Orwellian language of “preventive” or “preemptive” war, “a public threat to engage in aggressive war” is itself a violation of the U.N. Charter. Does no one care?

Neoconning Forward

Neocon pundits continue to stoke these fires. In Tuesday’s Washington Post, for example, columnist Anne Applebaum listed a number of utilitarian reasons why President Obama will not bomb Iran. (International law was not one.)

Applebaum suggests, though, that Obama’s “defining moment” could come when he is awakened at 2:00 AM by a call from Israeli Prime Minister Netanyahu who tells him “Israel has just carried out a raid on Iranian nuclear sites. What then?”

“If that ever happened,” Applebaum writes, “I do hope that this administration is ready, militarily and psychologically … for an unwanted war of necessity.”

The message? Disregard the intelligence that doubts the Iranians are building a nuclear bomb: no, better still, “fix” it to suggest that they are.

Then, turn loose the Jundullahs to worsen tensions and to strengthen the hands of Iran’s hardliners who will cite violent provocations as proof that the United States is not acting in good faith; that will add to the impression of a gathering threat; next institute crippling sanctions to further ramp up the anger.

And be ready, in case Netanyahu starts something the United States will have to finish.

If this kind of scenario is allowed to play out, hostilities with Iran will make the wars in Iraq and Afghanistan look like volleyball games between Mount Saint Ursula and Holy Name high schools. Can President Obama be so naïve as to be unaware of the stakes here?

Ray McGovern was an Army officer and CIA analyst for almost 30 year. He now serves on the Steering Group of Veteran Intelligence Professionals for Sanity. He is a contributor to Imperial Crusades: Iraq, Afghanistan and Yugoslavia, edited by Alexander Cockburn and Jeffrey St. Clair (Verso). He can be reached at: rrmcgovern@aol.com

www.luftpost-kl.de
VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern